

2002 / Nr. 18

VORSORGE WIRD IMMER WICHTIGER Die Bevölkerung stellt den Zahnärzten und der zahnmedizinischen Versorgung in Deutschland ein gutes Zeugnis aus

Allensbach am Bodensee, Anfang September 2002 - Die nachhaltige Gesundheit der eigenen Zähne wird für die Bevölkerung immer wichtiger. Das zeigt sich nicht nur daran, daß die Mehrheit regelmäßig zum Zahnarzt geht, es ist auch die Überzeugung gewachsen, daß man selbst durch regelmäßige Mundhygiene viel tun kann, um die Gesundheit der Zähne zu erhalten oder zu verbessern. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Sommer dieses Jahres durchgeführt hat.

77 Prozent betonen heute, daß der einzelne für den guten Zustand seiner Zähne selbst viel tun kann. Vor vier Jahren sagten das erst 62 Prozent. 88 Prozent der erwachsenen Bevölkerung datieren ihren letzten Zahnarztbesuch auf einen Termin innerhalb der letzten anderthalb Jahre. Nur 7 Prozent waren zuletzt im Jahr 2000 beim Zahnarzt, bei 5 Prozent liegt der letzte Zahnarztbesuch noch weiter zurück. Diese positive Entwicklung wird von den Zahnärzten bestätigt: Bereits 1995 gaben knapp zwei Drittel der Zahnärzte zu Protokoll, daß prophylaktische Leistungen in ihrer Praxis stärker nachgefragt werden, in der aktuellen Befragung unter Zahnärzten stellen 78 Prozent eine verstärkte Nachfrage fest.

www.ifd-allensbach.de

Porträt des Instituts - Leistungsspektrum - Aktuelle Studien

Belege an

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, 78472 Allensbach am Bodensee

Daß man abgesehen von einem regelmäßigen Zahnarztbesuch durch regelmäßiges Zähneputzen selbst etwas zur Vorbeugung tun kann, um einen späteren Zahnersatz zu verhindern, ist aber bis heute für viele noch keineswegs selbstverständlich. Aber die Zahl derjenigen, die vom Sinn und Nutzen einer regelmäßigen Zahnpflege überzeugt sind, ist in den letzten Jahren deutlich größer geworden. 1998 glaubten erst 26 Prozent, daß man auf diese Weise effektiv vorbeugen kann. Mittlerweile glauben das 40 Prozent.

Wachsendes Prophylaxe-Bewußtsein

Tabelle 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das: Kann man durch jahrelange Vorbeugung wie Zähneputzen verhindern, daß man später Zahnersatz, z.B. Kronen oder Brücken braucht, oder läßt sich das auch mit sorgsamer Zahnpflege nicht wirklich verhindern?" *)

| | Gesamtdeutschland | | Westdeutschland | | Ostdeutschland | |
|---|-------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| | 1998 | 2002 | 1998 | 2002 | 1998 | 2002 |
| | % | % | % | % | % | % |
| Man kann es verhindern..... | 26 | 40 | 28 | 41 | 17 | 33 |
| Läßt sich nicht sicher/ wirklich verhindern..... | 66 | 49 | 63 | 47 | 75 | 59 |
| Unentschieden..... | 8 | 11 | 9 | 12 | 8 | 8 |
| | $\overline{100}$ | $\overline{100}$ | $\overline{100}$ | $\overline{100}$ | $\overline{100}$ | $\overline{100}$ |

*) 1998: "..., oder läßt sich das auch mit sorgsamer Zahnpflege nicht sicher verhindern?"

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6057, 7023

Sehr gute Noten für den eigenen Zahnarzt

Die Zahnärzte und die zahnärztliche Versorgung erhalten von der Bevölkerung ein außerordentlich gutes Zeugnis. 54 Prozent der gesamten Bevölkerung haben zur Zeit generell eine gute Meinung, nur 13 Prozent äußern sich kritisch gegenüber diesem Berufsstand. In den neuen Ländern beträgt die Relation von Anerkennung zu Kritik sogar 67 zu 10 Prozent.

Detaillierter befragt, attestieren rund zwei Drittel der Bevölkerung den Zahnärzten nicht nur eine gut ausgestattete und technisch moderne Praxis, sondern auch rücksichtsvollen Umgang mit Patienten, insbesondere das Bemühen, ihnen Schmerzen zu ersparen. 59 Prozent sind überzeugt, daß die Zahnärzte in Deutschland nicht nur technisch, sondern auch medizinisch auf dem neuesten Stand sind. 55 Prozent halten sie für gründlich und sorgfältig, 51 Prozent für vertrauenerweckend und kompetent.

Unter den kritischen Urteilen spielen der Verdienst der Zahnärzte und der Verdacht, daß Privatpatienten eine bessere Behandlung als Kassenpatienten erfahren, die größte Rolle. Sobald man die Befragten jedoch nicht allgemein nach Zahnärzten, sondern gezielt nach dem eigenen Zahnarzt fragt, kommen Hinweise auf eine allzu geschäftstüchtige Einstellung dieses Arztes - "Denkt in erster Linie ans Geld" - nur selten. Kritische Urteile werden in bezug auf den eigenen Zahnarzt deutlich seltener gefällt als in bezug auf die Zahnärzteschaft insgesamt. Umgekehrt findet der eigene Zahnarzt noch mehr Anerkennung als die Berufsgruppe allgemein. Zwei Drittel der Patienten attestieren ihm Rücksichtnahme, Eingehen auf die Patienten, eine sympathische Ausstrahlung und eine gut organisierte Praxis.

Patienten und Zahnärzte rechnen mit gravierenden Leistungskürzungen

Während die Bevölkerung vor dem Hintergrund solcher positiven Erfahrungen der zahnmedizinischen Versorgung in Deutschland insgesamt ein ausgesprochen gutes Zeugnis ausstellt - 66 Prozent halten sie für gut und noch einmal 15 Prozent sogar für sehr gut -, ist die überwältigende Mehrheit davon überzeugt, daß es generell beim Gesundheitssystem in Deutschland in Zukunft zu gravierenden Einschränkungen kommen wird, daß die Leistungen der Kassen trotz steigender Beiträge massiv beschnitten werden. Auch die befragten Zahnärzte sehen das so. Nur eine Minderheit von 9 Prozent der Zahnärzte glaubt, daß sich auf diesem Gebiet nichts zum Negativen verändern wird.

Wenn man die Bevölkerung fragt, wie man die explodierenden Kosten des Gesundheitssystems im Blick auf die zahnmedizinische Versorgung in den Griff bekommen könnte, kommt als erstes der Hinweis auf Vorsorgemaßnahmen. 72 Prozent halten es für wichtig, Kinder und Jugendliche verstärkt zu regelmäßigen Zahnarztbesuchen anzuhalten, um spätere Behandlungskosten zu vermeiden. 69 Prozent plädieren auch dafür, Patienten, die nicht regelmäßig zu Vorsorgeuntersuchungen gehen, stärker an den Behandlungskosten zu beteiligen. Alle Maßnahmen, die mit Einschnitten in das derzeitige Leistungsniveau zu tun haben, finden deutlich weniger Unterstützung in der Bevölkerung. Noch am ehesten ist sie bereit zu akzeptieren, daß nicht unbedingt notwendige zahnmedizinische Leistungen aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen ausgegliedert werden, um die Kosten in den Griff zu bekommen.

Bei der Definition notwendiger Leistungen genießen die Zahnärzte nach wie vor mit Abstand das größte Vertrauen. 60 Prozent weisen den Zahnärzten die größte Kompetenz zu, zwischen notwendigen und nicht unbedingt notwendigen Behandlungen zu unterscheiden. Neben den Zahnärzten wird nur Patientenvereinigungen (30 Prozent) hier nennenswertes Vertrauen entgegengebracht, am wenigsten vertraut man den Krankenkassen und den Gesundheitspolitikern.

Dies ist ein beachtliches Ergebnis für die Patientenvereinigungen und signalisiert auch einen deutlichen Vertrauenszuwachs. Der Anteil, der diese Aufgabe vor allem Patientenvereinigungen zuweisen möchte, hat sich seit der Mitte der neunziger Jahre fast verdoppelt. Damit sind Patientenvereinigungen die einzige Institution, die die vorherige Alleinstellung der Zahnärzteschaft relativieren kann. 1995 hielten noch 77

Prozent der Bevölkerung die Zahnärzte für die Instanz, die medizinisch notwendige Behandlungen kompetent abgrenzen kann, nur 16 Prozent nannten damals die Patientenvereinigungen. Die Kassen gewinnen dagegen trotz aller Bemühungen auf diesem Feld kein Terrain: 1995 mochten 7 Prozent der Bevölkerung die Eingrenzung notwendiger Maßnahmen den Kassen überlassen, heute 8 Prozent.

Zustimmung zu Selbstbeteiligungsmodellen

Obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung keine Zuneigung zu einem Ausbau der Selbstbeteiligung als weitere Maßnahme zur Kostendämpfung hat, korrigieren viele ihre Auffassung, wenn als Ausgleich für eine verstärkte Selbstbeteiligung eine Minderung der Krankenkassenbeiträge zur Diskussion gestellt wird. Eine klare relative Mehrheit zieht es vor, einen Teil der Kosten für Zahnbehandlungen selbst zu übernehmen, wenn dafür die Krankenkassenbeiträge abgesenkt werden können. Mitte der neunziger Jahre waren moderatere Beiträge lediglich für 36 Prozent der Bevölkerung ein ausreichendes Argument, um eine erhöhte Selbstbeteiligung zu akzeptieren.

| Bei niedrigeren Krankenkassenbeiträgen wächst die Zustimmung zu Selbstbeteiligungsmodellen | Tabelle 2 Bundesrepublik Deutschland Bevölkerung ab 16 Jahre | |
|--|--|------------|
| | Gesamtdeutschland | |
| | 1995 | 2002 |
| FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über die Selbstbeteiligung bei Zahnbehandlungen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie meinen?" | | |
| "Mir ist es lieber, höhere Krankenkassenbeiträge zu zahlen und dafür die Zahnbehandlungskosten voll ersetzt zu bekommen."..... | 37 | 34 |
| "Mir ist es lieber, einen Teil der Kosten für die Zahnbehandlungen selbst zu übernehmen, wenn dafür die Krankenkassenbeiträge niedriger sind." | 36 | 45 |
| Unentschieden..... | 27 | 21 |
| | <u>100</u> | <u>100</u> |
| Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6010, 7023 | | |

Patienten fordern Entscheidungsfreiheit ein

Insgesamt wird in der Allensbacher Umfrage sehr deutlich, daß die Haltung der Bevölkerung zu Änderungsvorschlägen davon abhängt, ob sich die Patienten persönliche Vorteile von diesen Maßnahmen versprechen. Auch die Möglichkeit, über Umfang und Kosten der Behandlung selbst entscheiden zu können, wird dabei durchaus als Vorteil gesehen. In der Befragung wurde das von der Zahnärzteschaft vorgeschlagene "Zukunftsmodell Zahngesundheit" vorgestellt, bei dem es genau um eine solche Entscheidungsfreiheit geht:

Das 'Zukunftsmodell Zahngesundheit' sieht vor, daß Sie in Zukunft beim Zahnarzt die Wahl haben: entweder Sie entscheiden sich für die medizinisch notwendige Behandlung, die dann vollständig von der Krankenkasse bezahlt wird, oder Sie wählen eine aufwendigere, ästhetisch anspruchsvollere Behandlung und zahlen die Mehrkosten selber. Das heißt, Sie können selbst entscheiden, welche Art der Behandlung Sie wählen und wie hoch die daraus entstehenden Kosten sind.

Die Vorstellung, selbst entscheiden zu können und dafür die Kosten, die über das medizinisch Notwendige hinausgehen, selber tragen zu müssen, empfindet die große Mehrheit als durchaus attraktiv. 63 Prozent halten dies für einen guten Vorschlag, nur 18 Prozent äußern sich klar ablehnend.

TECHNISCHE DATEN FÜR DIE REDAKTION

| | |
|----------------------------|---|
| Anzahl der Befragten: | 2131 |
| Repräsentanz: | Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre |
| Zeitraum der Befragung: | 13. bis 24. Juni 2002 |
| Archiv-Nummer der Umfrage: | 7023 |

Bei dieser Umfrage waren insgesamt 495 Interviewer eingesetzt.